

Stadt Halle (Saale)
15.07.1999
Kommunalbüro

N i e d e r s c h r i f t

**der konstituierenden Tagung des Stadtrates der Stadt
Halle (Saale)
am 14.07.1999 - ö f f e n t l i c h**

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Anwesenheit: siehe Anwesenheitslisten im Anhang der
Niederschrift

**Zu TOP 01 - Eröffnung der Sitzung durch den
Oberbürgermeister
und TOP 02 - Feststellung der Anwesenheit und
Beschlussfähigkeit sowie Feststellung des an
Jahren ältesten Mitgliedes des Stadtrates**

Die konstituierende Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet vom Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale), **Herrn Dr. Rauen**.

Herr **Dr. Rauen**, Oberbürgermeister, stellte die Beschlussfähigkeit fest. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien von den 56 gewählten Stadträtinnen und Stadträten 49, ≈ 86 %, anwesend.

Er erklärte, dass nach seinen Feststellungen Herr Dr. Gerhard H e s s e, geboren am 16. 09. 1931, das älteste Mitglied der jetzt hier anwesenden Stadträte sei.

Dazu gab es keine gegenteiligen Meinungen.

Damit wurde festgestellt, dass Herr Dr. Gerhard Hesse das älteste Mitglied des Stadtrates ist. Er wurde aufgefordert, nach Beendigung der Worte durch den Oberbürgermeister den Vorsitz für die nächsten Tagesordnungspunkte gemäß der Hauptsatzung zu übernehmen.

Herr Dr. Rauen, Oberbürgermeister begrüßte anschließend den an Jahren jüngsten Stadtrat, Herrn Marcel Thier, geboren am 24. 05. 1979.

Der Oberbürgermeister sprach im Namen des Rates und auch persönlich Herrn Stadtrat Dr. Köck die herzlichsten Glückwünsche zum heutigen Geburtstag aus.

Weiterhin sagte Herr Dr. Rauen wörtlich:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen persönlich und im Namen der Stadtverwaltung gratuliert. Ich heiße Sie auch als Kolleginnen und Kollegen in diesem Stadtrat willkommen und biete Ihnen die Kooperation der Verwaltung an, weil nur gemeinsam es uns gelingen kann, die schwierigen Aufgaben zu lösen, die auch weiterhin dem Rat und der Verwaltung dieser Stadt gestellt sind. Die Rahmenbedingungen, denen wir ausgesetzt sind, sind eher in einer ständigen Verschlechterung begriffen. Die Einsparungen, die der Bund vornimmt, werden sich auch in unserer Kasse bemerkbar machen, und auch das Land hat im Hinblick auf die Zuweisungen zusätzliche Einsparungen zu Lasten der Kommunen angekündigt. Die ohnedies enge Finanzdecke wird also ganz sicherlich zu sehr schwierigen Beratungen und auch zu Einsparungsüberlegungen führen müssen und dies wird uns alle gemeinsam vor große Probleme stellen und die können wir nur lösen, wenn wir dies in dem Bewußtsein tun, dass unser gemeinsames Handeln dem Wohle der Stadt und dem Wohle der Bürger dienen soll. Ob wir diese Aufgabe meistern, werden wir in Kürze schon bei den Beratungen eines Nachtragshaushaltes und eines Konsolidierungskonzeptes unter Beweis stellen können. Aber auch die anderen Rahmenbedingungen werden für den Süden des Landes Sachsen-Anhalt schwieriger. Wir haben mit Betrübnis zur Kenntnis genommen und dazu gibt es in der heutigen Tagesordnung einen Dringlichkeitsantrag von einigen Fraktionen, dass die ICE-Strecke, die uns mit dem internationalen schnellen Schienennetz verbindet, nicht gebaut werden soll. Wir wissen, dass auch Begehrlichkeiten bestehen im Hinblick auf Institutionen, die in Halle angesiedelt sind. Ich nenne nur das Stichwort AOK. Aber dies ist keineswegs das Einzige. D. h. auch da wird an dem ohnedies sehr mageren Knochen, der hier in Halle vorhanden ist, geknabbert. Und deswegen hoffe ich, dass wir auch da gemeinsame Wege finden, uns gegen unberechtigte Zugriffe gemeinsam zur Wehr zu setzen. Und wenn ich sage gemeinsam, dann auch im Verbund mit den Landtagsabgeordneten aus unserer Stadt, die in den Landtag nach Magdeburg gewählt sind und die natürlich dem Ganzen verpflichtet sind, aber sicherlich auch beabsichtigen, unsere Interessen als Hallenser darzulegen. Ganz sicher werden wir nicht immer einer Meinung sein zwischen Rat und Verwaltung, das gehört mit zu dieser Auseinandersetzung dazu. Aber eines ist für mich unumstößlich, dass die Verwaltung, mag sie Fehler machen, mag sie manchmal das nicht tun, was wir uns alle wünschen, dass die Verwaltung kooperativ daran mithilft, dem zu dienen, zu dem wir alle miteinander angetreten sind, das Wohl dieser unserer Stadt Halle an der Saale zu mehren. Meine Damen und Herren, ich will es bei diesen wenigen kurzen Anmerkungen bewenden lassen.“

Zur Tagesordnung:

Herr Dr. Rauen, Oberbürgermeister bat unter TOP 13 den Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktionen von CDU, SPD und F.D.P. betreffend Protest gegen die Streichung der ICE-Trasse Nürnberg - Halle - in die Tagesordnung aufzunehmen und stellte diese zur Diskussion.

Weiterhin gebe es eine Ergänzung für TOP 11. Hier solle ein Beschluss über die Anzahl und die Art der zu bildenden Ausschüsse gefaßt werden und unter TOP 12 soll festgelegt werden, wer, welche Fraktion in welchen Ausschüssen den Vorsitz führe. Er schlug vor, bevor der TOP 12 aufgerufen werde, da dazu noch keine Einigung

erreicht werden konnte, eine kurze Unterbrechung für eine Verständigung mit den Fraktionsvorsitzenden vorzunehmen. Es gab keine weiteren Hinweise bzw. Einwände zur Tagesordnung.

Abstimmung zur Tagesordnung: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

TOP 01 Eröffnung der Sitzung durch den Oberbürgermeister

**TOP 02 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie
Feststellung des an Jahren ältesten Mitgliedes des
Stadtrates**

**TOP 03 Verpflichtung der Stadträte auf die gewissenhafte Erfüllung
ihrer Amts-
pflichten durch das älteste Mitglied des Stadtrates**

**TOP 04 Wahl des Vorsitzenden des Stadtrates und seiner
Stellvertreter**

**TOP 05 Verpflichtung des an Jahren ältesten Mitgliedes des
Stadtrates
durch den Vorsitzenden**

**TOP 06 Beschlussvorlage - Bestellung einer Protokollführerin
Vorlage-Nr.: 99/00002**

TOP 07 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Gemeinderat

**TOP 08 Mitteilung des Vorsitzenden des Stadtrates über die
gebildeten
Fraktionen**

**TOP 09 Beschlussvorlage - über die Bildung des Hauptausschusses und
Festlegung der Zahl der Mitglieder**

**TOP 10 Beschlussvorlage - über die Bildung des Vergabeausschusses
und
Festlegung der Zahl der Mitglieder**

**TOP 11 Beschlussvorlage - Bildung weiterer Ausschüsse und
Festlegung der Zahl der jeweiligen Mitglieder - Vorlage-
Nr.: 99/00011**

**TOP 12 Festlegung der Fraktionsvorsitzenden über den Vorsitz in den
einzelnen Ausschüssen**

**TOP 13 Beschlussvorlage - Dringlichkeitsantrag der
Stadtratsfraktionen von CDU, SPD, F.D.P. betreffend Protest
gegen die Streichung der ICE-Trasse Nürnberg - Halle -
Vorlage-Nr.: 99/00010**

**TOP 14 Beschlussvorlage - Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in
der
Deutsch-Israelischen Gesellschaft
Vorlage-Nr.: 99/00001**

TOP 15 Anträge von Fraktionen und Stadträten

TOP 16 Anfragen von Stadträten

TOP 17 Mitteilungen

Herr Dr. Gerhard Hesse ü b e r n a h m d i e L e i t u n g
f ü r d i e n ä c h s t e n
T a g e s o r d n u n g s p u n k t e .

Zu TOP 03 - Verpflichtung der Stadträte auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch das älteste Mitglied des Stadtrates

Herr Dr. Gerhard Hesse gratulierte zunächst den Damen und Herren zur Wahl am 13. 06. 1999 als Stadträtinnen bzw. Stadtrat. Er wünschte allen ein erfolgreiches Wirken und eine gedeihliche Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt Halle (Saale) und seiner Bürger.

Die Abgeordneten erhoben sich zur amtseinführenden Verpflichtung auf der Grundlage des Paragraphen 51 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten von ihren Plätzen. Gleichzeitig wies er gemäß § 32 der Gemeindeordnung - Pflichtenbelehrung auf die in den §§ 30, 31 Gemeindeordnung festgehaltenen Pflichten hin. Im Anschluß daran gaben sie ihre Zustimmung zur Verpflichtungsformel per Handschlag gegenüber dem ältesten Mitglied des Stadtrates.

Zu TOP 04 - Wahl des Vorsitzenden des Stadtrates und seiner Stellvertreter

Herr Dr. Gerhard Hesse, CDU, informierte, dass die Wahl geheim und mit Stimmzetteln vorgenommen werde. Gemäß Paragraph 4 der Hauptsatzung wählt der Stadtrat mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder den Vorsitzenden bzw. die Stellvertreter.

Für die Wahl zum Vorsitzenden des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) gab es die folgenden zwei Vorschläge:

1. Herr Bernhard Bönisch, CDU - Vorschlag der CDU-Fraktion
2. Frau Marion Krischok, PDS - Vorschlag der PDS-Fraktion

Es gab auf Anfrage des an Jahren ältesten Mitgliedes des Stadtrates, Herrn **Dr. Gerhard Hesse**, CDU keine weiteren Vorschläge für die Wahl zum Vorsitzenden des Stadtrates.

Es wurde eine geheime Wahl durchgeführt.

39 Ja-Stimmen
3 Ungültige Stimmen

12 Ja-Stimmen
3 Ungültige Stimmen

Somit wurde Herr Bernhard Bönisch, CDU zum Vorsitzenden des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) gewählt.

Herr Bönisch n a h m d i e s e W a h l a n u n d ü b
e r n a h m d e n V o r s i t z
d e r T a g u n g.

Es erfolgte die Wahl der Stellvertreter.

Herr **Prof. Dr. Schuh, SPD**, schlug im Namen der SPD-Fraktion für das Amt der/des 2. Stellvertreterin/Stellvertreters Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion vor.

Herr **Dr. Meerheim, PDS**, schlug im Namen der PDS-Fraktion für das Amt der/des 1. Stellvertreterin/Stellvertreters Frau Marion Krischok, PDS-Fraktion vor.

Herr **Dr. Meerheim**, sagte, wenn niemand widerspreche bestehe rechtlicherseits die Möglichkeit.,eine offene Wahl durchzuführen.

Herr **Misch, CDU**, widersprach dem.

Es wurde eine geheime Wahl durchgeführt.

Herr **Bönisch**, Vorsitzender des Stadtrates, verlas das Wahlergebnis.

26 Ja-Stimmen

Wahlergebnis
für Frau Hanna Haupt, SPD: 44 Ja-Stimmen

Somit wurde Frau Hanna Haupt, SPD, zur 2. Stellvertreterin des Vorsitzenden des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) gewählt.

Das Wahlergebnis für Frau Marion Krischok, PDS , ergab keine erforderliche Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates. Es lagen keine weiteren Vorschläge für die 1. Stellvertreterin vor. Der Wahlgang wurde wiederholt.

Herr **Bönisch, Vorsitzender des Stadtrates**, gab das Ergebnis der 2. Wahl bekannt.

Danach entfielen bei 52 abgegebenen Stimmen

32 -Ja-Stimmen

für Frau Marion Krischok.

Somit wurde Frau Marion Krischok zur **1. Stellvertreterin des Vorsitzenden des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)** im 2. Wahlgang gewählt.

Zu TOP 05 - Verpflichtung des an Jahren ältesten Mitgliedes des Stadtrates durch den Vorsitzenden

Herr **Bönisch, Vorsitzender des Stadtrates**, verpflichtete Herrn Dr. Hesse, CDU, auf der Grundlage des Paragraphen 51 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten . Gleichzeitig wies er gemäß § 32 der Gemeindeordnung - Pflichtenbelehrung auf die in den §§ 30, 31 der Gemeindeordnung festgehaltenen Pflichten hin. Im Anschluß daran gab er seine Zustimmung zur Verpflichtungsformel per Handschlag gegenüber dem Vorsitzenden des Stadtrates.

Zu TOP 06 - Beschlussvorlage - Bestellung einer Protokollführerin

Vorlage-Nr.: 99/00002

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmung der Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß-Nr.: 99/00002: Bestellung einer Protokollführerin

Der Stadtrat bestellt zu seiner	Protokollführerin	<i>Frau</i>
<i>Heidemarie E c k e r t</i>		
und als ihre Stellvertreterin	<i>Frau Annemarie</i>	<i>K r a f t .</i>

Zu TOP 07 - Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Gemeinderat

Der Vorsitzende des Stadtrates, **Herr Bönisch**, informierte, dass gemäß § 50 des Kommunalwahlgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt jeder Wahlberechtigte des Wahlgebietes, jede Partei oder Wählergruppe, die einen Wahlvorschlag eingereicht habe und der für das Wahlgebiet zuständige Wahlleiter sowie die für das Wahlgebiet zuständige Kommunalaufsichtsbehörde binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses einen Wahleinspruch erheben könne. Wahleinsprüche habe es nicht gegeben. Er forderte die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte auf, gemäß § 51 des Kommunalwahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt die Gültigkeit der Wahl zu beschließen. Es gab keine Meinungsäußerungen dazu.

Abstimmung: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Damit wurde die Gültigkeit der Wahl zum Gemeinderat positiv entschieden.

Zu TOP 08 - Mitteilung des Vorsitzenden des Stadtrates über die gebildeten Fraktionen

Herrn Bönisch, Vorsitzenden des Stadtrates, lagen folgende Fraktionsbildungen vor:

- | | |
|-------------------------------|--|
| Fraktion der CDU | - Fraktionsvorsitzender Herr |
| Eberhard Doege | |
| Fraktion der PDS | - Fraktionsvorsitzender Herr Dr. |
| Bodo Meerheim | |
| Fraktion der SPD | - Fraktionsvorsitzender Herr Prof. |
| Dr. Dieter Schuh | |
| Fraktion der HAL | |
| • Bündnis 90/DIE GRÜNEN | |
| • Neues Forum | |
| • DIE GRAUEN - Graue Panther | |
| • MitBürger | |
| • Volkssolidarität 1990 e. V. | |
| | - Fraktionsvorsitzende Frau Sabine Wolff |
| (Neues Forum) | |
| Fraktion der MBL | - Fraktionsvorsitzender Herr Bernd |
| Stemme | |
| Fraktion der F.D.P. | - Fraktionsvorsitzender Herr Gerry |
| Kley | |

**Zu TOP 09 - Beschlussvorlage - über die Bildung des
Hauptausschusses und Festlegung der
Zahl der Mitglieder - Vorlage-Nr.: 99/00004**

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmung der Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß-Nr.: 99/00004 - Bildung des Hauptausschusses und
Festlegung der Zahl der Mitglieder**

**1. Der Stadtrat beschließt die Bildung eines Hauptausschusses mit
15 Mitgliedern.**

Der Hauptausschuss ist ein beschließender Ausschuss.

**2. Neben dem Oberbürgermeister besteht der Hauptausschuss aus
folgenden Mitgliedern:**

für die Fraktion der CDU

**Bönisch, Bernhard
Doege, Eberhard
Godenrath, Thomas
Wünscher, Ulrike, Dr.**

für die Fraktion der PDS

**Ehlert, Heidemarie
Haupt, Ute
Krischok, Marion
Meerheim, Bodo, Dr.**

für die Fraktion der SPD

**Haupt, Hanna
Koehn, Gottfried
Schuh, Dieter, Prof. Dr.**

für die Fraktion HAL

**Maurer, Dirk
Wolff, Sabine**

für die Fraktion der MBL

Stemme, Bernd

für die Fraktion der F.D.P.

Kley, Gerry

**3. Stellvertreter sind alle Mitglieder der jeweiligen Fraktionen in
alphabetischer Reihenfolge.**

4. Dieser Beschluss gilt solange, wie die Hauptsatzung nichts anderes regelt.

**Zu TOP 10 - Beschlussvorlage - Bildung des
Vergabeausschusses und Festlegung
der Zahl der Mitglieder - Vorlage-Nr.: 99/00005**

Hierzu gab es kein Redebedarf.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss-Nr.: 99/00005 - Bildung des Vergabeausschusses und
Festlegung der Zahl
der Mitglieder**

**1. Der Stadtrat beschließt die Bildung eines Vergabeausschusses mit
11 Mitgliedern.**

Der Vergabeausschuss ist ein beschließender Ausschuss.

**2. Neben dem Oberbürgermeister besteht der Vergabeausschuss aus
folgenden Mitgliedern:**

für die Fraktion der CDU	Fiedler, Sabine, Dr. Geuther, Joachim Hesse, Gerhard, Dr.
---------------------------------	--

für die Fraktion der PDS	Heft, Frank Uwe Müller, Klaus Tannenberg, Heidrun
---------------------------------	--

für die Fraktion der SPD	Lorenz, Günter Maier, Gabriele Strauch, Andreas
---------------------------------	--

für die Fraktion der HAL	Maurer, Dirk
---------------------------------	---------------------

für die Fraktion der MBL	Spitzke, Andreas
---------------------------------	-------------------------

3. Stellvertreter sind alle Mitglieder der jeweiligen Fraktionen in alphabetischer Reihenfolge.

4. Dieser Beschluss gilt solange, wie die Hauptsatzung nichts anderes regelt.

**E s f o l g t e e i n e P a u s e v o n c a .
1 5 m i n .**

Zu TOP 11 - Beschlussvorlage - Bildung weiterer Ausschüsse und Festlegung der Zahl der jeweiligen Mitglieder -

Vorlage-Nr.: 99/00011

Die Verwaltung schlägt folgende Erweiterung der Vorlage vor - einen Jugendhilfeausschuss, der mit 15 Mitgliedern zu besetzen sei, zu bilden.

Die **HAL-Fraktion, Herr Jeschke, Neues Forum**, beantragte den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten (Planungsausschuss), den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften und den Sozial- und Gesundheitsausschuss auf 13 Mitglieder zu vergrößern und begründete das mit einem zu erwartenden großen Arbeitspensum.

Herr Doege, CDU, sowie **Herr Prof. Dr. Schuh, SPD**, sprachen sich gegen den Änderungsantrag der HAL-Fraktion aus.

Abstimmung des Änderungsantrages der HAL-Fraktion:
t

mehrheitlich a b g e l e h n

Herr Dr. Rauen, Oberbürgermeister wies in Bezug auf die folgende Abstimmung darauf hin, dass dies bereits ein Vorgriff auf die neuzufassende Hauptsatzung - Änderung der bisherigen Anzahl der Sitzverteilung sei.

Abstimmung zur Vorlage mit Ergänzung der Verwaltung:

bei 45 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
5 Enthaltung

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß-Nr.: 99/00011 - Bildung weiterer Ausschüsse und Festlegung der Zahl der jeweiligen Mitglieder

1. Der Stadtrat beschließt neben dem Hauptausschuss und dem Vergabeausschuss die Bildung der folgenden Ausschüsse mit der jeweiligen Zahl der Mitglieder:

1. Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung mit 9 Mitgliedern

2. Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten mit 11 Mitgliedern (Planungsausschuss)

3. Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung mit 11 Mitgliedern und Liegenschaften

4. Bildungsausschuss mit 11 Mitgliedern

5. Gleichstellungsausschuss mit 11 Mitgliedern

6. Kulturausschuss mit 11 Mitgliedern

7. Rechnungsprüfungsausschuss mit 9 Mitgliedern

8. Sozial- und Gesundheitsausschuss mit 11 Mitgliedern

9. Sportausschuss mit 11 Mitgliedern

10. Jugendhilfeausschuss mit 15 Mitgliedern

(d a v o n n e u n a u f V o r s c h l a g d e s S t a d t r a t e s)

2. Stellvertreter sind alle Mitglieder der jeweiligen Fraktionen in alphabetischer Reihenfolge.

3. Dieser Beschluss gilt solange, wie die Hauptsatzung nichts anderes regelt.

Zu TOP 12 - Festlegung der Fraktionsvorsitzenden über den Vorsitz in den einzelnen Ausschüssen

Herr Bönisch, Vorsitzender des Stadtrates, teilte das Ergebnis mit ;

Die CDU-Fraktion übernehme den Vorsitz folgender Ausschüsse:

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten
- Sozial- und Gesundheitsausschuss
- Sportausschuss

Die PDS-Fraktion übernehme den Vorsitz folgender Ausschüsse:

- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften
- Gleichstellungsausschuss
- Bildungsausschuss

Die SPD-Fraktion übernehme den Vorsitz folgender Ausschüsse:

- Vergabeausschuss
- Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung

Die Fraktion der HAL übernehme den Vorsitz folgenden Ausschusses:

- Kulturausschuss

Die Fraktion der MBL übernehme den Vorsitz folgenden Ausschusses:

- Rechnungsprüfungsausschuss

Namentlich seien bisher folgende Ausschussvorsitzenden benannt worden:

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten, Herr Sänger
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, Herr Dr. Köck
- Vergabeausschuss, Herr Lorenz
- Gleichstellungsausschuss, Frau Tannenberg
- Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung, Herr Prof. Dr. Schuh
- Rechnungsprüfungsausschuss, Herr Spitzke
- Bildungsausschuss, Herr Prof. Kiel

Hier sei eine Einigung der Fraktionen erfolgt und es bedürfe keiner Abstimmung.

**Zu TOP 13 - Beschlussvorlage - Dringlichkeitsantrag
der Stadtratsfraktionen von CDU,
SPD, F.D.P. betreffend Protest gegen die**

Streichung der ICE-Trasse Nürnberg - Halle -

Vorlage-Nr.: 99/00010

Herr Kley, F.D.P., brachte seinen Protest zum Ausdruck, dass die Bundesregierung der Meinung sei, dass der Osten Deutschlands nicht mehr an das ICE-Netz angeschlossen sein müsse. Er sagte, mit diesem Dringlichkeitsantrag solle ein Votum des Stadtrates initiiert werden, welches sich an die jeweiligen Entscheidungsträger im Bund und Land wenden und diese auffordern solle, diesen Beschluss zu überdenken, denn er habe weit reichende Folgen.

Herr Weiland, HAL, machte auf die geplante Trassenführung aufmerksam, die nicht den Vorstellungen der Fraktion der HAL entspräche. Zum anderen sagte er, dass die Technik des ICE im wesentlichen aus den 70er Jahren stamme und es daher nicht ohne gravierende Umweltauswirkungen bleiben könne. Seitens seiner Fraktion habe man sich dazu entschlossen den Antrag in den Ausschuss für Planung und Umwelt und in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften zu verweisen.

Herr Lorenz, SPD, dementierte, dass die Technik des ICE's aus den 70er Jahren stamme. Im Waggonbau Ammendorf würde Technik der dritten Generation für den ICE hergestellt werden. Über die Trassenführen könne man sich ebenfalls streiten, nicht aber über die generelle Anbindung, sie sei unabdingbar für die Region.

Herr Doege, CDU, bedauere, dass der Antrag, der Appellcharakter trage, den Weg in die Ausschüsse nehmen solle. Zum anderen könne in den Ausschüssen nicht über sachliche Fragen aus Gründen der Zuständigkeit debatiert werden. Er halte eine Verweisung für grundlegend falsch.

Herr Dr. Köck, PDS, plädierte für eine Anbindung des ICE, wobei es nicht die bisher geplante und dabei kostenintensivste Streckenführung sein müsse. Er schlug vor, einerseits den Protest nicht nur im Hinblick auf die Strecke sondern eine ICE-Anbindung allgemein an die Bundesregierung zu richten und zum anderen in den betroffenen Ausschüssen über Alternativen zu reden.

Herr Bönisch, Vorsitzender des Stadtrates, machte auf die Geschäftsordnung aufmerksam. Man befinde sich aufgrund des Antrages der HAL-Fraktion nicht mehr in der offenen Debatte. Jede Fraktion hätte bis auf die MBL das Rederecht zum Antrag genutzt.

Herr Dr. Rauen, Oberbürgermeister, bat die Antragsteller um nochmalige Überlegung und machte auf die Folgen - völlige „Abnabelung“ der Region vom ICE, aufmerksam. Er gab den Anwesenden als Kompromißvorschlag die Formulierung „eine Anbindung an den ICE“ in den Beschlusstext aufzunehmen, zu bedenken.

Dr. Meerheim, PDS, beantragte die Änderung des Beschlusstextes: Statt der Worte: „... die ICE-Trasse Nürnberg - Halle...“ sollten die Worte: „ ...die ICE-Anbindung an die Stadt Halle (Saale)...“ eingefügt werden.

Abstimmung des Änderungsantrages

mehrheitlich z u g e s t i m

mehrheitlich z u g e s t i m

**Beschluss-Nr.: 99/00010 - Dringlichkeitsantrag der
Stadtratsfraktionen von CDU, SPD,
F.D.P. - betreffend Protest gegen die Streichung der ICE-Trasse
Nürnberg - Halle -**

Der Stadtrat beschließt:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wendet sich an die Bundesregierung mit der Aufforderung, *die ICE-Anbindung an die Stadt Halle (Saale)* nicht aus dem dringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes zu streichen.

Der Stadtrat wendet sich auch an die Fraktionen im Deutschen Bundestag und die Landesregierung Sachsen-Anhalts, keine Kürzungen im Verkehrswegeplan zu Lasten der neuen Bundesländer zuzulassen.

Zu TOP 14 - Beschlussvorlage - Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft - Vorlage-Nr.:99/00001

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss-Nr.: 99/00001 - Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in
der Deutsch-Israelischen Gesellschaft**

Die Stadt Halle (Saale) tritt der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bei.

Finanzielle Auswirkungen:

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt für die Stadt Halle (Saale) 500,-,- DM.

Zu TOP 15 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

Zu TOP 16 Anfragen von Stadträten

• Anfrage Frau Haupt, PDS:

Ihr sei zur Kenntnis gelangt, dass der Jugendclub Ouluer Straße „Eule“, der in kommunaler Trägerschaft, geschlossen worden sei. Sie fragte:

1. Ist das so?
2. Welche Gründe liegen dafür vor?
3. Welche Konsequenzen ergeben sich möglicherweise für die Sommergestaltung/Feriensommer?

Frau Szabados, Bürgermeisterin, antwortete, es sei durch die schwierige Personalsituation (keine Verlängerung der ABM) in Erwägung gezogen worden. Richtig sei, dass durch eine falsche Anweisung der Jugendclub für 2 Tage geschlossen war. Auf ihre Veranlassung hin sei er wieder ab den darauffolgenden Montag geöffnet worden und stehe in den Sommerferien zur Verfügung. Allerdings müsse die Gesamtsituation im Jugendhilfeausschuss behandelt werden.

• Anfrage Frau Schaffer, PDS:

Sie fragte aus welchen Gründen die Verkehrsführungsänderung in der Bernburger Straße vorgenommen wurde. Es sei jetzt nicht mehr möglich, von der Bernburger Straße aus links in den Mühlweg links abzubiegen. Ein Lkw, der breiter als 2,30 m sei, könnte nicht mehr vorbei ohne die Straßenbahn zu behindern oder den Taxihalteplatz oder Fußgänger und Radfahrer - die würden alle behindert werden, weil keiner mehr nebeneinander fahren könne.

Herr Dr. Roscher, Beigeordneter für Verwaltung, Personal und Ordnung sagte eine telefonische Antwort zu, da er das angesprochene Problem erst prüfen müsse.

• Anfrage Herr Doege, CDU

Er stellte bereits schon einmal die Anfrage zum Charlottencenter betreffend der Erhöhung der Parkzeit, besonders in den Abendstunden, für die Kurzzeitparker von einer Stunde auf 3 Stunden. Dies sollte auch besonders eine Regelung im Sinne der betroffenen Frauen sein, die aus Gründen der Verunsicherung das Parkhaus nicht nutzen wollten. Er bittet um eine Antwort vom Beigeordneten Herrn Dr. Roscher.

Der Beigeordnete für Verwaltung, Personal und Ordnung, **Herr Dr. Roscher**, sicherte eine Antwort zu.

• **Anfrage Herr Prof. Dr. Kiel, PDS,**

Er fragte, ob es richtig sei, dass speziell an Schulen im Bereich des halleschen Ostens ab September der Essenanbieter die Preise für die Schulspeisung um 20 Pfennige erhöhe.

Ist der Verwaltung bekannt, ob möglicherweise auch an anderen Schulen in anderen Stadtteilen ähnliche vergleichbare Preiserhöhungen vorgenommen wurden, die begründet würden mit der Erhöhung der Umweltsteuer?

Wie ist der Kommentar der Verwaltung dazu?

Herr Gärtner Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, antwortete, dass der Stadt bekannt sei, dass in fast allen Schulen entsprechend auf der Grundlage der Verträge, die die Gesamtschulkonferenzen mit den Essenanbietern haben, angekündigt wurde, dass zwischen 20 und 30 Pfennig die Schulspeisung im Endpreis erhöht werde. Dies sei möglich auf der Grundlage des Paragraphen 3 bei diesen Verträgen - jede Fraktion kenne diese Verträge -, wenn auf dem Markt Bedingungen herrschten, die diese Erhöhung erforderlich machten. Die wesentlichste Begründung sei die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Essenausgabe von 7 auf 16 Prozent. Das heißt, bisher sei die Essenausgabe eine „Lieferung von Essen“ und jetzt erfolgte eine Einstufung unter anderer Leistung. Es gebe jetzt eine Essenausgabe auf Tellern, die mehrfach genutzt werden. Wenn man sich unökologisch mit Asiettenessen und viel Aluminium verhalten würde, dann wäre es möglich den Preis zu halten. Zum anderen gebe es die Ökosteuer und das 630,-- DM-Gesetz wodurch erhöhte Kosten entstehen würden.

• **Anfrage Herr Dr. Meerheim, PDS**

Da die Bauarbeiten in der Leipziger Straße noch nicht abgeschlossen sind und bald das neue Straßenpflaster gelegt werden sollte fragte er:

Wer übernimmt die Kosten, bei Notwendigkeit des Wiederaufreißens durch Bautätigkeit? Was ist weiterhin vorgesehen, geplant? Wer kommt für die Kosten auf?

Herr Dr. Busmann, Beigeordneter für Planung und Umwelt, antwortete darauf, dass dies selbstverständlich der Bauherr, City Lührs GmbH, übernehmen müsse.

Er drückte sein Bedauern bezüglich der Baugrube aus. Die Bauarbeiten würden sich um 6 bis 8 Wochen verzögern. Dies bedeute, es werde weiter gepflastert, der Zeitplan der Leipziger Straße dürfe nicht behindert werden. Es werde eine Technologie entwickelt, die dafür Sorge, dass das Pflaster nicht verletzt werde. Das bisherige Zeitplanende war auf Ende 1999 gesetzt, was jetzt nicht mehr eingehalten werden könnte, aber Anfang 2000 käme der Abschluss der Bauarbeiten. Man lasse sich jetzt einen genauen Zeitplan vorlegen und würden die Einzelheiten vor Ort mit den Technikern besprechen.

Herr Dr. Meerheim, PDS, beantragte die Antwort in das Protokoll zu nehmen. Er entnahm aus der Antwort des Herrn Dr. Busmann, dass der Stadt keine zusätzlichen Kosten durch die Bauverzögerung entstünden.

Herr Dr. Busmann, Beigeordneter für Planung und Umwelt, bestätigte dies nochmals.

• Anfrage Herr Dr. Kupke, CDU

Die Stadt gebe sehr viel Geld aus für Jugendliche, die als wohnungslos bezeichnet würden. Offenbar würden diese Hilfen nicht angenommen, die Sozialarbeiter könnten das Problem nicht lösen, die Bettelei habe enorm in der Stadt zugenommen.

Er fragte:

Ist die Stadt nicht in der Lage oder nicht willens das Problem zu lösen?

Herr Dr. Rauen, Oberbürgermeister, antwortete, dass, von Ausnahmen abgesehen, die Stadt nicht in der Lage sei, das Problem zu lösen. Man könne nur etwas gegen aggressives Betteln unternehmen. Er betonte, dass man in einem Rechtsstaat nicht willkürlich handeln könne.

• Anfrage Herr Kley, F.D.P.

Die Bundesregierung habe beschlossen, dass die Aufwendungen des Bundes für das pauschalierte Wohngeld, das an Sozialhilfeempfänger gewährt werde, zukünftig von den Kommunen aufgebracht werden solle. Der Bundesanteil für das pauschalierte Wohngeld betrage 2,3 Mrd. DM und soll auf die Kommunen verlagert werden. Eine konkrete Kompensation für diese zusätzlichen Ausgaben sei vorerst nicht vorgesehen. Damit komme auch auf die Stadt eine neue Kostenlawine zu.

Er fragt deshalb den Oberbürgermeister:

1. Wieviele Mieter im Stadtgebiet sind Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge?

2. Wieviele davon erhalten Wohngeld nach dem fünften Teil des Wohngeldgesetzes (pauschales Wohngeld)?

3. Wie hoch ist die Summe der Zahlungen von pauschliertem Wohngeld an diesen Personenkreis?

4. Wie haben sich diese Zahlungen in den vergangenen Jahren entwickelt und welche Entwicklung ist für die Zukunft zu erwarten?

5. Welche Vorkehrungen trifft die Stadt Halle (Saale) um die zu erwartenden Mehrbelastungen in die Finanzplanung aufzunehmen?

6. Was tut die Stadt um die drohende Mehrbelastung des kommunalen Haushaltes abzuwenden oder zu reduzieren?

Er bat um eine Beantwortung bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale).

• Anfrage Prof. Dr. Schuh, SPD

Durch den Herrn Oberbürgermeister sei im Kreise der Fraktionsvorsitzenden über den Stand der Genehmigung des Haushaltes durch das Regierungspräsidium informiert worden mit der Zusage dies in schriftlich fixierter Form zu übergeben.

Herr Dr. Rauen, Oberbürgermeister sagte, es sei bereits verteilt worden.

Herr Prof. Dr. Schuh, SPD, dann sei dies erledigt.

Herr Misch, CDU, fragte, warum es zu zwei verschiedenen Terminstellungen bezüglich der im Amtsblatt Nr. 11 und 13 erschienen Aufforderung, dass sich bereitwillige Bürger zur Wahl als Beisitzer für die Kammern und Ausschüsse für Kriegsdienstverweigerung melden sollten, kam.

Zum anderen kritisierte er die Verhältnisse des Sitzes der Halle Tourist e. V. im „Roten Turm“ und fragte, wie man dorthin gelangen könne, da der Treppenbereich ständig von Personen belagert werde, in dessen Folge eine starke Verunreinigung, die sich auf das gesamte Umfeld erstreckt, vorzufinden sei. Herr Misch fragte, welche Möglichkeiten die Stadt sehe, diesen Zustand zu beenden?

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** antwortete, die Stadt sehe die einzige Möglichkeit, die Räumlichkeiten für den Halle Tourist e. V. zu verlagern. Dies sei geplant und bereits in Vorbereitung.

Frau Szabados, Bürgermeisterin, antwortete, dass die Ausschreibung ein zweites Mal erfolgte, da sich auf die erste Ausschreibung hin nicht genügend Personen gemeldet hatten. So kam es dann auch zu einer neuen Terminsetzung.

Herr Dr. Köck, PDS, fragte bezüglich der Umsetzung des Profi-Baumarktes in Halle-Neustadt. Er wies darauf hin, dass dort bereits seit 6 Wochen ein Sonderpostenmarkt ohne Genehmigung geöffnet habe. Er beantragte, dass dieser Markt dort wieder geschlossen werden solle.

Herr Dr. Busmann, Beigeordneter für Planung und Umwelt, antwortete, dass die Verwaltung sich im Sinne dieser Mitteilung kümmern werde.

Frau Schaffer, PDS, forderte zu einer genaueren Aussage den Termin betreffend auf.

Herr Dr. Busmann, Beigeordneter für Planung und Umwelt, sagte hier könne die Stadt nur bauordnungsrechtlich vorgehen. Er versicherte, dass verwaltungsverfahrensmäßig der Eigentümer nicht anders als jeder andere behandelt werde.

Herr Godenrath, CDU, richtete seine Anfrage direkt an Herrn Roscher, Beigeordneter für Verwaltung, Personal und Ordnung. Er bezog seine Frage ebenfalls auf das bereits thematisierte Betteln. Diese „Bettler“ seien häufig in Begleitung von unangelegten Hunden. Herr Godenrath fragte, wie in diesem Zusammenhang die

Zusammenarbeit mit der Polizei auch im Hinblick auf die bestehende Hundesatzung der Stadt Halle (Saale) erfolge.

Herr Dr. Roscher, Beigeordneter, antwortete, er teile diese Beunruhigung und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Zusammenarbeit mit dem Dezernat V, Jugend, Soziales und Gesundheit und der Polizei in diesem Sommer eine spürbare Verbesserung bringen werde.

Herr El-Khalil, CDU, griff ebenfalls das Thema Betteln und Verunreinigung am „Roten Turm“ auf und auf seine Frage, ob die oben angebrachte Gittertür nicht nach unten versetzt werden könne hieße es, das ginge aus denkmalgeschützten Gründen nicht. Jetzt hieße es, dass der Teil abgerissen werden solle. Herr El-Khalil fragte, wie ein Gebäude abgerissen werden könne, das unter Denkmalschutz stehe.

Herr Dr. Busmann, Beigeordneter für Planung und Umwelt, antwortete, dass er darin nicht eine Denkmalschutzfrage sehe. Bei einer Verlagerung der Treppe würden wieder unnötig, aufgrund des bevorstehenden Umzugs der Halle Tourist e. V. zusätzliche Kosten entstehen.

• Anfrage Herr Heft, PDS

Herr Heft, PDS, fragte, ob der Quartalsbericht Straßenbahn Hauptbahnhof - Halle-Neustadt den Fraktionen mit Stand 30. 06. 1999 zur Verfügung gestellt werden könne.

Herr Dr. Busmann, Beigeordneter für Planung und Umwelt, sicherte das zu.

• Anfrage Herr Müller, PDS

Aus der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass die HAVAG ihr Kundenzentrum vom Markt verlagern werde. Er fragte, ob der „Glaskasten“ am „Roten Turm“ abgebaut oder er anderweitig genutzt werde, bis der Markt umgestaltet wird.

Herr Dr. Rauen, Oberbürgermeister bestätigte, dass die HAVAG in ein anderes Gebäude umziehe. Die Räumlichkeiten dafür würden inzwischen vorbereitet. Danach werde man sehen, ob sich eine sinnvolle Nutzung für den „Glaskasten“ ergebe.

Herr Dr. Fritsch, CDU, sagte, die Stadtverwaltung habe zeitgleich aber jeweils mit getrennter Post zum einen die Einladung für die konstituierende Sitzung des Rates, die Gratulation des Herrn Oberbürgermeisters mit der Aufforderung parteiliches „Hick-Hack“ zu unterlassen und ein Fragebogen der Stadt, welcher der angefertigten Broschüre dienen sollte, erhalten. Hier seien seiner Meinung nach überflüssige Portogelder angefallen. Herr Dr. Fritsch fragte, ob die Verwaltung sich in Zukunft bemühen würde, solche überflüssigen Geldausgaben nach Möglichkeit zu verhindern.

Herr Dr. Rauen, Oberbürgermeister, antwortete, dass Herr Dr. Fritsch rechnerisch recht habe. Er erläuterte, wenn unterschiedliche Bereiche zu unterschiedlichen Zeiten Schreiben versenden und dies postalisch koordiniert werden solle, würde das ein Aufwand, bei dem entschieden höhere Personal- als Portokosten entstünden, bedeuten.

Es lagen keine weiteren Anfragen vor.

Zu TOP 17 - Mitteilungen

Es lag allen Stadträtinnen und Stadträten die Mitteilung

Ablehnung des Antrages der Badeniabau GmbH auf Nutzungsänderung für die Halle des ehemaligen Profi-Baumarktes im Gewerbegebiet Neustadt in einen Sonderpostenmarkt

sowie die Informationsvorlage

zur Besetzung der Aufsichtsräte, Beiräte, Betriebsausschüsse, Verwaltungsräte und Stiftungsvorstände der kommunalen Unternehmen (Städtische Eigen- und Beteiligungsgesellschaften, Eigenbetriebe und Stiftungen)

vor.

Beide Mitteilungen wurden zur Kenntnis genommen.

Frau Szabados, Bürgermeisterin, bat um Korrektur der Informationsvorlage zur Besetzung der Aufsichtsräte, Beiräte, Betriebsausschüsse.... Seite 6, laufende Nr. 14. Psychiatrisches Krankenhaus Halle (PKH) hier müsse es heißen: Krankenhausausschussmitglieder und nicht Theaterausschussmitglieder.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

Damit wurde die konstituierende Tagung des Stadtrates beendet.

Bernhard Bönisch
Klaus Rauen
Vorsitzender des Stadtrates
Oberbürgermeister
der Stadt Halle (Saale)
Stadt Halle (Saale)

Dr.

der

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Hünninger

